

Auer Tageblatt

Veröffentlichung nach dem Gesetz vom 19. November 1918 über die Postverteilung von Zeitungen und Zeitschriften. — Erscheint werktäglich. — Preis 10 Pf. — Abonnement 1/2 J. 2.00.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nach dem Gesetz vom 19. November 1918 über die Postverteilung von Zeitungen und Zeitschriften. — Erscheint werktäglich. — Preis 10 Pf. — Abonnement 1/2 J. 2.00.

Telegramme: Erzgebirge Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 255

Sonntag, den 31. Oktober 1926

21. Jahrgang

Curtius über den künftigen Reichswirtschaftsrat.

Salle, 29. Okt. Gelegentlich der gestrigen Tagung des Mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes ergriff Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius bei einem geselligen Beisammensein das Wort, um einige Ausführungen über wichtige Fragen der Wirtschaftspolitik zu machen. Der Minister beschäftigte sich zunächst mit der Frage des endgültigen Reichswirtschaftsrates, wobei er auf entsprechende Ideen Bismarcks hinwies und erklärte: Ende der 70er Jahre hat Bismarck, als er die Grundlagen der deutschen Wirtschaftsentwicklung der nächsten 30 Jahre schuf, einen Preussischen Volkswirtschaftsrat als Gutachterorgan für die Regierung berufen. Seine Berichte, daraus einen Reichswirtschaftsrat zu machen, scheiterten am Reichstage. Eine etwas längere Lebensdauer hätten die von ihm geschaffenen Preussischen Gewerbelammern, die schon damals Bezirkswirtschaftsrat genannt wurden und Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel zusammenfaßten. Die letzte Gewerbelammer, die der Provinz Brandenburg, löste sich im Jahre 1897 auf. Viele haben ziehen sich von diesen verschwundenen Einrichtungen hin zu den Wirtschaftsorganisationen von der Art, wie sie der Mitteldeutsche Wirtschaftsverband darstellt. Er ist ein gewisses Gutachterorgan für die Regierung und kann nicht unmittelbar eine Regierungsbehörde beeinflussen. Dem Wirtschaftsverband und seinem Wirken liegen die Gedanken zugrunde, daß nämlich die gesamten Wirtschaftszweige

gegenseitig einen Ausgleich ihrer Einzelinteressen vornehmen und gerade dadurch die Gesamtinteressen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes fördern. Diese Gedanken

sind auch maßgebend für die Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates, dessen Einberufung in naher Zukunft bevorsteht. Der Minister sagte weiter, er hoffe, daß gerade aus den Kreisen des Mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes seine Tätigkeit in dieser Richtung gegenüber geäußerten Bedenken gegen den Reichswirtschaftsrat Unterstützung finden werde. Die Regierung kann, so erklärte Dr. Curtius, auf ein Zentralgutachterorgan der Wirtschaft nicht verzichten. Sie bedarf eines Vereinigungspunktes zum Ausgleich aller Interessen.

Schließlich muß auch ein Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeberinteressen gefunden werden.

Schon Bismarck hat es für notwendig gehalten, Arbeitervertreter in den Preussischen Volkswirtschaftsrat der 80er Jahre zu berufen. Heute darf man nicht vergessen, daß der Ausgleich zwischen diesen beiden großen Faktoren Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Schlüsselfrage unseres Volkes ist. Man hat nicht mit Unrecht bezüglich des Reichswirtschaftsrates gesagt, daß die beiden einen letzten Tisch haben müßten, an dem sie sich zusammensitzen könnten, um einen Interessenausgleich zu erreichen. Der Minister ging alsdann auf die in der nächsten Zeit der Regierung obliegenden wirtschaftspolitischen Aufgaben ein, bei deren Erfüllung die Mithilfe der Wirtschaft insbesondere in dem Zentralorgan des Reichswirtschaftsrates unerlässlich sei.

Die Ausführungen des Ministers wurden von den Wirtschaftsvertretern mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nationale Realpolitik.

Von Alfred Brodau, Mitglied des Reichstages.

„Die treibenden Kräfte jeder Regierung in Deutschland werden die Parteien der Mitte sein, ohne die in Deutschland nicht regiert werden kann.“
Strefemann am 8. Oktober 1926 in der „Kölnischen Zeitung“.

Die Deutsche Volkspartei, die Strefemann mit diesen Worten neben der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum meint, ist nicht von vornherein eine Partei der Mitte gewesen. Sie hat in den ersten Jahren des Wiederaufbaues nach dem Zusammenbruch Seite an Seite mit den Deutschnationalen sowohl außenpolitisch in harter Opposition gestanden, als wie innenpolitisch in der Opposition gestanden, sie war betont rechts stehende Partei. Ein Umschwung bei ihr hat sich nach und nach erst seit dem Zeitpunkt vollzogen, in dem Strefemann verantwortlich die Leitung der Außenpolitik Deutschlands und in dieser Eigenschaft unter dem neuen Namen „nationale Realpolitik“ die Politik fortsetzte, wegen deren der Demokrat Rathenau von böhmisch-deutschnationalen Fanatikern erschossen worden war. Mit der außenpolitischen Umstellung kam bei der Deutschen Volkspartei allmählich auch eine innenpolitische Wandlung, das Schicksal mit der Grundform des neuen Staates. Diese Wandlung ist aber keineswegs reiflos vollzogen, bei den lokalen Führern und den Wählern jedenfalls weniger als bei den Abgeordneten der Partei und den Parlamenten. Das gilt speziell für den Freistaat Sachsen, wo die Anhänger der Deutschen Volkspartei gefühlsmäßig den Deutschnationalen näher stehen als den Demokraten, mit denen ihre Vertreter im Reichs- und sächsischen Landtag in einer Regierungskoalition zusammenwirken. Hier gibt es für Strefemann noch viel zu tun, um seine Partei auch innerlich zu einer staatsbefähigenden Partei im wahren Sinne des Wortes umzustellen, d. h. zu einer Partei, die den Staat anerkennt, wie er in seiner Grundform gestaltet ist, also als Republik.

Einer Umstellung bedarf es nicht bei der Deutschen Demokratischen Partei. Sie darf mit Genugtuung darauf blicken, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der von ihr konsequent vertretenen Außenpolitik der Verständigung in immer weitere Kreise rechts von ihr gedrungen ist und daß die Opposition gegen diese Politik immer schwächer, immer matter wird. Nur aus dem Lager der böhmischen Ludendorffs ertönen noch die lauten Trompetenfanfaren, aus dem der Deutschnationalen erklingen nur noch die Töne einer müden Resignation, seitdem man weiß, daß mit der Opposition gegen die Außenpolitik Deutschlands parteipolitisch keine Geschäfte mehr zu machen sind.

Auch innenpolitisch steht die Deutsche Demokratische Partei gerechtfertigt da. Sie hat es stets abgelehnt, die kurzfristige, sogenannte Bürgerbundspolitik zu treiben, die unser Volk in zwei große Hälften auseinanderstreben läßt und die Klassengegenstände bis ins Unerträgliche steigert. Sie ist immer bereit gewesen, auch mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten, wo diese selbst zu positiver Mitarbeit am Wiederaufbau bereit war. Und jetzt haben führende Männer der deutschen Wirtschaft, wie Silberberg, in bedeutungsvollen Rundgebungen einer solchen Politik grundsätzlich zugestimmt und das Verlangen der Deutschnationalen und der sogenannten vaterländischen Verbände, daß nur gegen die Sozialdemokratie regiert werde, als absurd zurückgewiesen.

Der besonnene, sich seiner Verantwortung bewußte Wähler wird, wenn er jetzt vor der Entscheidung steht, nicht die Wahlversprechungen der Parteien, der alten sowohl wie der neuen, die „keine Partei“ wollen, daraufhin prüfen, welche ihm das meiste bietet. Räte es darauf an, so müßte er der Wirtschaftspartei die Stimme reichen, die im Wahlkampf an unerfüllbaren Versprechungen mit den Unkorrekten wetteifert. Auch das darf nicht maßgebend sein, welche Partei dieses mit ihren Vorträgen im Parlament die andere übertrumpft hat. Entscheidend darf nur sein die in verantwortlicher Position geleistete Arbeit. Und wer mit ungetrübtem Blick vorurteilslos die Entwicklung Deutschlands seit dem Zusammenbruch überblickt, muß ehrlich zugeben, daß wir im Wiederaufbau ein gehöriges Stück vorwärts gekommen sind, insbesondere auch in Sachsen, wo nach der sozialistisch-kommunistischen Wera Zeitner jedenfalls wieder Ordnung, Ruhe und Sicherheit eingeleitet sind. An den Grenzen des Erreichbaren ist manches geschafft, und so manche Aufgabe ist auch innerhalb dieser Grenzen noch nicht über undenkbar gelöst. Wenn aber hierbei viele Wähler insbesondere an die leitende „Aufmerksamkeit“ denken, so ist darauf hinzuweisen, daß deren Regelung gerade in die Hände Strefemanns fällt, in der an Stelle der Demokratischen Deutschnationalen, die mit so weitgehenden Versprechungen vor die Wähler

Dr. Strefemann an die sächsischen Wähler.

In einem Schreiben, das Dr. Strefemann an seine Parteifreunde in Sachsen gerichtet hat, um sich für sein durch Krankheit verursachtes Fernbleiben von der Wahlbewegung zu entschuldigen, wendet er sich gegen den weitläufigen Unsinns, der jetzt über die deutsche Außenpolitik verbreitet wird.

„Was soll denn das heißen,“ so schreibt er, „wenn von einem deutschnationalen Abgeordneten davon gesprochen wird, der Glaube an eine internationale Solidarität der Völker und der Wirtschaft sei eine Auffassung, die womöglich noch verhängnisvoller sei, als der marxistische Irrtum einer internationalen Solidarität der Arbeiterschaft? Ist denjenigen, die etwas Derartiges sagen, nicht bekannt, daß das internationale Eisenkarren der deutschen Großindustrie mit Frankreich, Belgien und Luxemburg seine Entstehung einem deutschnationalen führenden Mann der Wirtschaft, wie Fritz Thyssen, mit verdankt? Weiß man nicht, daß das internationale Kali-Abkommen von Verhandlungen abgeschlossen worden ist, die nur rechtsstehenden Kreisen angehören?“

Wartegeld und Ruhegehaltsbezüge der Beamten.

Berlin, 29. Okt. Der Haushaltsausschuß des Reichstages, der am 4. November wieder zusammentritt, wird sich u. a. auch mit einem Antrag zu beschäftigen haben, der die Reichsregierung ersucht, bei der Berechnung der Wartegeld- und Ruhegehaltsbezüge der Beamten nur das Grundgehalt zugrunde zu legen und daneben das volle Wohnungsgeld des jeweiligen Wohnortes des Bezugsberechtigten zu gewähren. Der Berechnung der Bezüge von Witwen und Waisen soll der so entstandene Betrag des Ruhegehalts und das Wohnungsgeld zugrunde gelegt werden, auf das der Berechnete an dem jeweiligen Wohnort der Bezugsberechtigten Anspruch gehabt hätte.

Die Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Zu der gestrigen Besprechung des Reichstages mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Frage der Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge schreibt eine sozialdemokratische Korrespondenz, daß die sozialdemokratischen Vertreter die von der Regierung vorgeschlagene Lösung für ungenügend halten.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Entgegen den Gerüchten, daß die für Anfang nächster Woche anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses mit Rücksicht auf das Befinden Dr. Strefemanns verschoben werden solle, erfährt eine Korrespondenz, daß eine Vertagung nicht in Frage kommt. Das Befinden Dr. Strefemanns hat sich inzwischen soweit gebessert, daß mit seiner Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses gerechnet werden darf.

Das Disziplinarverfahren gegen Kölling.

Berlin, 29. Okt. Im Rechtsausschuß des preussischen Landtages erklärte auf die Frage nach dem Stand des Disziplinarverfahrens gegen die mit der Worbache Stellung (Magdeburg) befaßten Richter und Staatsanwälte ein Vertreter des preussischen Justizministeriums, daß das Disziplinarverfahren gegen den Untersuchungsrichter Kölling auch auf die Frage ausgebeugt werde. Inwiefern Kölling vorsätzlich oder fahrlässig sich in dem Untersuchungsverfahren strafbar gemacht habe.

Der Termin der Veröffentlichung des Hohenzollern-Abfindungsgesetzes.

Berlin, 29. Okt. Entgegen einer Blättermeldung wird mitgeteilt, daß das vom Preussischen Landtag angenommene Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Preussischen Staat und dem ehemaligen Königshause in der am Sonnabend, den 30. Oktober, erscheinenden Preussischen Gesetzesammlung veröffentlicht werden wird. Damit treten bestimmte Abmachungen des Vertrages sofort in Kraft.

Die Forderungen der Standesherrn.

Als Vertreter der ehemaligen Standesherrn und der sogenannten depolierten Fürsten in Preußen sind an das preussische Staatsministerium mit dem Ersuchen um Verhandlungen über Abfindungsansprüche herangetreten, die die ehemaligen Steuer- und Abgabenschuld, die auf den Staat übergegangen sind, betreffen.

Generalleutnant Heye befördert.

Berlin, 29. Okt. Generalleutnant Heye, Chef der Heeresleitung, wird mit Wirkung vom 1. November und mit einem Rangdienstalter vom 1. Dezember 1924 zum General der Infanterie befördert.

Diese Beförderung ist erfolgt, um den derzeitigen Zustand zu beseitigen, daß der militärische Berater des Reichspräsidenten im militärischen Range hinter den beiden Gruppenkommandeuren der Reichswehr steht. Durch die Vordatierung der Ernennung bis zum Dezember 1924 wird bewirkt, daß der Chef der Heeresleitung zum dienstlichen General der Reichswehr wird, denn die beiden Gruppenkommandeure sind erst im Laufe des Jahres 1924 zu Generalen befördert worden.